

Petition an den Niedersächsischen Landtag

Fridays for Future



Sehr geehrte Damen und Herren,
das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 verpflichtet die Staaten völkerrechtlich verbindlich, die **globale Erwärmung deutlich unter 2 °C** zu halten. Darüber hinaus haben alle Länder Anstrengungen versprochen, **die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen**.

In allen deutschsprachigen Ländern werden diesbezüglich beim Umbau der Bereiche Energie, Ernährung, Landwirtschaft, Ressourcennutzung und Mobilität die notwendige Größenordnung und Geschwindigkeit nicht erreicht. Dies betrifft auch das Land Niedersachsen.

Deswegen fordern wir:

- CO2-Emissionen: Nettonull bis 2035
 - Kohleausstieg bis 2030
 - 100 % erneuerbare Energieversorgung bis spätestens 2035
- Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgas-Emissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:
- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
 - 1/4 der Kohlekraft abschalten
 - Eine CO2-Steuer auf alle Treibhausgas-Emissionen

Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden, wie die Kosten, die langfristig durch den Ausstoß für uns und zukünftige Generationen entstehen. Wir folgen hier der Empfehlung des Umweltbundesamt für einen reduzierten Kostensatz von 180 Euro pro Tonne CO₂.

Die Verwirklichung dieser Forderungen muss sozial verträglich gestaltet werden und darf keinesfalls zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen. Unterstützt werden wir von mehr als 26800 Wissenschaftler*innen.

Zudem fordern wir, dass die Klimakatastrophe als solche vom Land Niedersachsen anerkannt und ein Klimanotstand, aber nur in Verbindung mit den von uns geforderten Maßnahmen, ausgerufen wird. Es müssen alle Kräfte gebündelt werden, um eine unkontrollierte Erwärmung der Erde zu verhindern. Zukünftig muss bei jeder Entscheidung also betrachtet werden, in wie weit sie den Klimawandel beeinflusst. In der Entscheidungsfindung muss immer die für das Klima beste Variante gewählt werden, um die sechs Hauptforderungen erfüllen zu können. Ansonsten wird das 1,5°C-Ziel nicht gehalten.

Vor allem das Land Niedersachsen ist besonders von den Auswirkungen des Klimawandels bedroht. Neben den sieben Inseln und der 750 km langen Nordseeküste, sind auch 103 300 Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben gefährdet. Das Land Niedersachsen ist ökonomisch auf die Landwirtschaft angewiesen und sollte auch deshalb ein großes Interesse haben gegen diesen Prozess anzukämpfen. Wir brauchen dabei auch einen Wandel in der Landwirtschaft, der mit 17 % der gesamten CO₂-Emissionen einen entscheidenden Faktor beinhaltet und damit neben der Energiewirtschaft und dem Verkehr einer der Hauptverursacher für die CO₂-Emissionen in Niedersachsen ist. Die Anstrengungen bis 2050 komplett auf erneuerbare Energien zu setzen, reichen bei weitem nicht aus. Eine

Petition an den Niedersächsischen Landtag

Fridays for Future



Umstrukturierung ist nur möglich, indem wir bis 2030 sämtliche Kohlekraftwerke abschalten und schon bis 2035 auf 100 % erneuerbare Energien setzen. Ein zentraler Punkt sollte dabei die Windenergie spielen. Im Niedersächsischen Umweltbericht steht: "Als kostengünstige, etablierte und klimafreundliche Technologie spielt die Windenergienutzung dabei eine Hauptrolle im Stromsektor"(1). Diese Äußerung steht mit dem reellen Handeln im Konflikt, denn in den letzten Jahren ist der Ausbau um 60 % eingebrochen, ohne dass dieser Entwicklung politisch entgegen gewirkt wurde.

Landwirtschaft

Der **Klimaschutzplan 2050** der Bundesregierung sieht für die deutsche Landwirtschaft vor, die Treibhausgase (THG) **bis 2030 um 11 bis 14 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente auf 58 bis 61 Mio. Tonnen CO₂ zu reduzieren**. 2016 lagen die Emissionen noch bei 71,7 Mio. Tonnen CO₂.

Die Emissionen aus der Tierhaltung machen einschließlich der Futterproduktion rund 70 Prozent aller Agraremissionen aus. **Nur mit einer Abstockung der Tierbestände können die Klimaziele in der Landwirtschaft erreicht werden**. Das ist das zentrale Ergebnis einer Studie der Klimaallianz(3).

Die geplanten Klimaschutzmaßnahmen des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) müssen umgesetzt werden. Diese Maßnahmen reichen aber selbst nach Berechnungen des BMEL nicht aus, um die Ziele für 2030 zu erreichen. Die Pläne müssen auch mit dem Abbau der Tierhaltung verbunden werden. Die Maßnahmen vom BMEL müssen daher ergänzt werden um folgende Maßnahmen:

1. Schärfere Senkung der Stickstoffüberschüsse und –emissionen einschließlich Minderung der Ammoniakemissionen und gezielte Verminderung von Lachgasemissionen (2,2-3,5 Mio. t CO₂-Äq jährliches Minderungspotenzial)
2. Energetische Nutzung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft und landwirtschaftlicher Reststoffe in Biogasanlagen (2,0-4,0 Mio. t CO₂-Äq jährliches Minderungspotenzial)
3. Emissionsminderung in der Tierhaltung
4. Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Fläche (0,4-1,2 Mio. t CO₂-Äq Minderungspotenzial)
5. Erhöhung der Energieeffizienz (1,1 Mio. t CO₂-Äq Minderungspotenzial)

Petition an den Niedersächsischen Landtag

Fridays for Future



6. Humusaufbau im Ackerland (0,0-4,0 Mio. t CO₂-Äq Minderungspotenzial)

7. Erhalt von Dauergrünland (1,0-2,0 Mio. t CO₂-Äq Minderungspotenzial)

8. Schutz von Moorböden einschl. Reduzierung der Torfverwendung in Kultursubstraten (0,0-1,0 Mio. t CO₂-Äq Minderungspotenzial)

9. Erhalt und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder und Holzverwendung (0,0-3,0 Mio. t CO₂-Äq Minderungspotenzial)

10. Vermeidung von Lebensmittelabfällen (3,0-6,0 Mio. t CO₂-Äq Minderungspotenzial)

Deshalb fordern wir:

- Abbau der Tierbestände um mindestens die Hälfte (langfristig flächengebundene Tierhaltung, kein Soja als Futtermittel aus Entwaldung (Regenwald Südamerika))
- Bessere Förderung des Öko-Landbau
- Reduktion von Lebensmittelabfällen
- Halbierung des Fleischkonsums

Beispielhafte Lösungsansätze für das Land Niedersachsen:

- Schul- und Kindergartenverpflegung - kein Billigfleisch! Vorgaben zum Anteil an Fleisch in Schulkantinen (Beispiele: Bremen und München haben sich zur Biostadt ausgerufen)
- Bundesratsinitiative z.B. für eine Mehrwertsteuernovelle (Erhöhung auf 19% für Fleisch) anstoßen
- Moorschutzprogramme des Landes umsetzen und ausdehnen
- Scharfe Umsetzung der Düngeverordnung
- Wiedereinführung der Weideprämie
- Alle gesetzliche Entscheidungen unter Klimavorbehalt betrachten, auch im Agrarbereich

Mobilität

Das Land Niedersachsen hat durch den VW-Standort in Wolfsburg einen besonderen Status. Von 120 000 Einwohnern in Wolfsburg arbeiten rund 70 000 Menschen im VW-Werk. Um den Klimawandel zu bekämpfen, muss man den Individualverkehr massiv verringern und durch öffentliche Verkehrsmittel ersetzen. Dieser Strukturwandel wird die Autohersteller zunehmend unter Druck setzen, wenn sie ihre Produkte und die Vermarktung nicht an neue Gegebenheiten anpassen. Darum ist es für Gesellschaft und Umwelt sinnvoll, rechtzeitig über die Rolle der Autohersteller in einer nachhaltigen Gesellschaft nachzudenken und den nötigen Wandel gemeinsam zu vollziehen.

Petition an den Niedersächsischen Landtag

Fridays for Future

Vor allem in den Städten muss die Zahl der Autos verringert werden. Mögliche Lösungsansätze hierfür sind fahrradfreundliche Städte und ein gutes, bezahlbares



ÖPNV-Netz. In Bonn ist beispielsweise die Einführung eines 365 Euro-Tickets schon längst erfolgreich durchgeführt. Die Stadt Kopenhagen ist durch ihr Verkehrskonzept zu einer „Fahrradhauptstadt“ geworden. Es gibt also schon diverse Lösungsansätze und Beispiele, an denen sich das Land Niedersachsen orientieren kann.

Tragweite

Fridays for Future ist in Niedersachsen mittlerweile in allen Landkreisen angekommen. Das ist bis jetzt für solch ein großes Bundesland einmalig. Aus insgesamt 37 Landkreisen haben 55 Ortsgruppen an dieser Petition mitgearbeitet. Zudem sind die Forderungen in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftler*in aus Hamburg und Niedersachsen entstanden.

Achim, Am Solling (Holzminden), Aurich, Bad Bevensen, Bad Gandersheim, Buchholz, Bückeberg, Celle, Cloppenburg, Cuxhaven, Delmenhorst, Einbeck, Emden, Friesoythe, Gifhorn, Goslar, Göttingen, Hameln, Hannover, Hemingen, Hildesheim, Jever, Juist, Leer, Lehrte, Lüneburg, Nienburg, Nordhorn, Meine, Northeim, Oldenburg, Osnabrück, Peine, Rastede, Salzgitter, Salzgitter Bad, Stade, Uelzen, Uslar, Varel, Vechta, Verden, Walsrode, Wendland, Weyhe, Winsen (Luhe), Wilhelmshaven, Wolfenbüttel, Wolfsburg